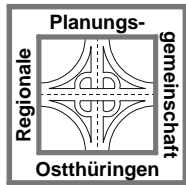


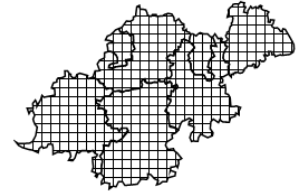
REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT



OSTTHÜRINGEN

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Präsident



Regionale Planungsstelle beim
Thüringer Landesverwaltungsamt • Postfach 1464 • 07504 Gera

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen (Bitte bei Antwortschreiben angeben)
221/8315/35/2026/Be

Gera
29.05.2026

Offener Brief zur ausbleibenden Finanzierungsvereinbarung zur Mitte-Deutschland-Verbindung – Einlösung des Versprechens vom 2. Dezember 2025 zur Sicherung der infrastrukturellen Zukunft Ostthüringens

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Friedrich Merz,
sehr geehrter Herr Bundesminister Patrick Schnieder,
sehr geehrte Frau Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland Elisabeth Kaiser,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestags,

mit ausdrücklicher Anerkennung haben wir, die Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen als Träger der Regionalplanung für die Planungsregion Ostthüringen, Ihr wegweisendes Bekenntnis zur Mitte-Deutschland-Verbindung vom 2. Dezember 2025 in Jena aufgenommen. Im Rahmen Ihres Antrittsbesuchs im Freistaat Thüringen haben Sie damit ein wichtiges Signal für die Priorisierung zentraler Infrastrukturprojekte gesetzt. Herr Bundeskanzler, Sie haben den Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung zur Chefsache erklärt, die europäische Bedeutung der Trasse betont und das politische Versprechen gegeben, verlässliche Wege zur Finanzierung und zügigen Umsetzung freizumachen. Diese weitsichtige Haltung, strategisch wichtige Vorhaben im Osten Deutschlands nicht länger aufzuschieben, hat in unserer Region Zuversicht begründet und Vertrauen gestärkt.

Umso größer ist nun die Enttäuschung über die Ergebnisse der jüngsten Konferenz in Fulda vom 4. und 5. Mai 2026. Dass dort die dringend erforderliche Finanzierungsvereinbarung über die durchgängige Elektrifizierung und den zweigleisigen Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung erneut vertagt – also faktisch ausgesetzt wurde – steht in direktem Widerspruch zu den in Jena formulierten Absichten. Die gegenwärtige Situation wird in der Region als unbefriedigend wahrgenommen und wirkt sich nachteilig auf das aufgebaute Vertrauen aus.

Vor diesem Hintergrund wenden wir uns mit diesem offenen Brief an Sie sowie an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Ausschlaggebend sind die zunehmenden Zweifel an der zukünftigen infrastrukturellen Leistungs- und Anschlussmöglichkeit unserer Region – insbesondere vor dem

Präsident
Herr Landrat Uwe Melzer
Landratsamt
Altenburger Land
Lindenastraße 9 • 04600 Altenburg
☎ 03447 / 586-202 • ✉ 03447 / 586-201

Vorsitzender des Planungsausschusses
Herr Oberbürgermeister Kurt Dannenberg
Stadtverwaltung
Gera
Kornmarkt 12 • 07545 Gera
☎ 0365 / 838-1001 • ✉ 0365 / 838-1005
regionalplanung-ost@twa.thueringen.de

Vorsitzender des Strukturausschusses
Herr Bürgermeister Jörg Reichl
Stadtverwaltung
Rudolstadt
Markt 7 • 07407 Rudolstadt
☎ 03672 / 486-101 • ✉ 03672 / 486-106

Hintergrund des seit Jahrzehnten bestehenden regionalen Bekenntnisses zur herausragenden Bedeutung des Ausbaus der Mitte-Deutschland-Verbindung.

Der Freistaat Thüringen hat seinerseits den vorgesehenen Eigenanteil zur Realisierung der durchgehenden Zweigleisigkeit der Achse fristgerecht und verbindlich im Landeshaushalt verankert. Darüber hinaus ist die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens mehrfach bestätigt worden, zuletzt durch die vom Freistaat Thüringen beauftragte und finanzierte Studie „Standardisierte Bewertung für den Ausbau und die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung (Abschnitt Weimar – Gera – Gößnitz)“. Die bislang ausstehende Finanzierungsentscheidung des Bundes steht damit nicht nur im Widerspruch zum erheblichen finanziellen Engagement des Freistaates und den Ergebnissen der Nutzen-Kosten-Analyse, sondern berührt auch das Prinzip der Bund-Länder-Treue, insbesondere im Sinne des wechselseitigen Rücksichtnahmegebots. In diesem Zusammenhang ist auch der Deutsche Bundestag gefordert, seiner Budget- und Kontrollverantwortung gerecht zu werden und die Voraussetzungen für eine konsistente Infrastrukturentwicklung zu gewährleisten.

Überdies lassen die technischen Rahmenbedingungen keinen weiteren Aufschub der Umsetzung zu. Die auf der Hauptachse zwischen Erfurt und Altenburg/Gößnitz eingesetzten schnellen aber dieselbetriebenen Neigetechnikzüge der Baureihe VT 612 erreichen bereits im Jahr 2028 das Ende ihrer technischen Nutzungsdauer. Ohne eine zeitnahe Elektrifizierung dieser Verbindung droht Ostthüringen ein nachhaltiger Bedeutungsverlust im Schienenpersonenfern- und -nahverkehr. Damit wäre zugleich eine leistungsfähige Anbindung der bedeutenden Wirtschafts- und Hochschulstandorte Jena und Gera an das Hochgeschwindigkeitsnetz im Sinne des Deutschlandtaktes dauerhaft nicht mehr gewährleistet. Bereits mit der Inbetriebnahme VDE 8 über Erfurt hat speziell die Universitätsstadt Jena eine direkte Fernverkehrsanbindung verloren – ein tiefgreifender infrastruktureller Einschnitt, dessen Wiederholung aus regional- und strukturpolitischer Sicht nicht hinnehmbar ist.

Als regionale Verantwortungsträger sehen wir uns in der Pflicht, Ihnen die politische Tragweite dieser Entwicklung mit aller Deutlichkeit vor Augen zu führen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre legen nahe: Ausbleibende Infrastrukturinvestitionen in ostdeutschen Bundesländern werden von der Bevölkerung vor Ort nicht als haushaltspolitisch begründete Sachzwänge interpretiert, sondern als Ausdruck struktureller Ungleichbehandlung.

Dieses Empfinden ist in Ostthüringen inzwischen tief verankert. Es speist sich nicht zuletzt daraus, dass neben dem politisch zu verantwortenden Stillstand bei der Mitte-Deutschland-Verbindung auch das über das Investitionsgesetz Kohleregionen gesetzlich verankerte Schieneninfrastrukturprojekt Ausbau und Elektrifizierung der Strecke Gera – Leipzig seit Jahren in einer frühen Planungsphase verharrt. Auch dieses Vorhaben stellt eine vergleichbar bedeutsame Anbindung für Ostthüringen dar. Es soll unsere Region über eine S-Bahn zukunftsfähig an die Metropolregion Leipzig/Halle anbinden. Stattdessen wächst beim Blick in den diesjährigen Fahrplanwechsel der Unmut – die von der DB Fernverkehr AG erbrachte IC-Linie 51 (Gera – Kassel/Düsseldorf) wird ab dem 21. September 2026 eingestellt.

In der Gesamtschau der ausbleibenden Investitionen verfestigt sich vor Ort zunehmend der Eindruck einer strukturellen Benachteiligung des Wirtschaftsraums Ostthüringen – mit sich weiter verstärkenden negativen Folgen für die Akzeptanz staatlichen Handelns.

Um das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten und wieder aufzubauen, ist eine Umsetzung gegebener Zusagen unerlässlich. Das bislang ausbleibende finanzielle Engagement seitens des Bundes für die Mitte-Deutschland-Verbindung verstärkt – gerade im Hinblick auf die Aussagen vom 2. Dezember 2025 in Jena – die Zweifel an der Verlässlichkeit politischer Zusagen und staatlichen Handelns.

Vor diesem Hintergrund richten wir im Namen der in der Regionalen Planungsgemeinschaft Ostthüringen vertretenen Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister sowie weiterer kommunaler Verantwortungsträger folgende Erwartungen an die Bundesregierung:

1. Setzen Sie sich für eine zeitnahe Priorisierung und haushalterische Untersetzung der Finanzierung der Mitte-Deutschland-Verbindung im Einklang mit den getroffenen Zusagen ein.
2. Wirken Sie auf einen zügigen Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Bund und der Deutschen Bahn AG hin, um die Voraussetzungen für den Baustart der durchgängigen Elektrifizierung und Zweigleisigkeit zu schaffen.
3. Stellen Sie eine belastbare Realisierungsperspektive sicher, um einen Verfall der durch den Freistaat Thüringen bereitgestellten Mittel zu vermeiden.

In der gegenwärtigen Situation kommt es maßgeblich darauf an, durch verlässliches und konsistentes Handeln der strategischen Bedeutung der Mitte-Deutschland-Verbindung für Ostthüringen Rechnung zu tragen und zugleich das Vertrauen in staatliche Entscheidungs- und Umsetzungsfähigkeit zu festigen. Bitte setzen Sie sich dafür ein.

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Melzer
Präsident der
Regionalen Planungsgemeinschaft Ostthüringen

Landrat
des Landkreises Altenburger Land



Kurt Dannenberg
Vorsitzender des
Planungsausschusses

Oberbürgermeister
der Stadt Gera



Jörg Reichl
Vorsitzender des
Strukturausschusses

Bürgermeister
der Stadt Rudolstadt